

MITTAGSPOST

Ausgabe 4/2023

Fraktion

In der Fraktionssitzung am Dienstag stand neben dem Komplex „Ukraine-Krieg/Zeitenwende“ ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffskrieges wie üblich die Vorbereitung der Plenarwoche im Mittelpunkt. Hierbei hatte diesmal die **Zukunftsstrategie Forschung und Innovation** der Bundesregierung hervorgehobene Bedeutung. Entlang von klar definierten Missionen (u.a. Förderung gesellschaftlicher Zusammenhalt, Digitalisierung, Klimaschutz etc.) soll die Forschungs- und Innovationspolitik ressortübergreifend neu ausgerichtet werden. Dadurch soll ein Beitrag zur Transformation geleistet, Innovationskraft gestärkt und die technologische Souveränität Deutschlands und Europas gesichert werden.

Für einen **inklusiven Arbeitsmarkt**: Wir treten dafür ein, dass Menschen mit Behinderung selbstbestimmt und gleichberechtigt am regulären Arbeitsleben teilnehmen können. Geplant ist, die sogenannte Ausgleichsabgabe für Arbeitgeber und die Verwendung der Erlöse daraus zu reformieren. Bisher war es möglich, die Einnahmen auch für Einrichtungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben zu verwenden. Künftig sollen die Mittel vollständig in die Beschäftigungsförderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt investiert werden. Zudem sollen künftig Leistungen des Integrationsamtes schneller genehmigt werden.

Auch wurde erstmals einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur **Stärkung der Digitalisierung im Bauleitplanverfahren** vorgestellt. Er ist Teil des Maßnahmenpakets zur Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung.

Plenum

Im Plenum haben wir die **Beschleunigung von großen Infrastrukturvorhaben** vorangetrieben: Der Bau eines Windparks, einer Bahnstrecke oder einer Bundesfernstraße haben erhebliche Folgen für ihre Umgebung. Um die Prüfungsverfahren zu beschleunigen, ändern wir das **Raumordnungsgesetz (ROG)**. Der entsprechende Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht vor, Beteiligungsverfahren zu digitalisieren und den Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Künftig wird die mehrfache Beteiligung der Öffentlichkeit reduziert, indem bei Änderungen bereits diskutierter Pläne nur neu und stärker Betroffene beteiligt werden. Das Verfahren muss spätestens nach sechs Monaten abgeschlossen sein.

Außerdem haben wir mit dem ROG die **Umsetzung der EU-Notfall-Verordnung** beschlossen. Diese sieht vor, insbesondere die Verfahren zum Ausbau von Windenergie an Land, Windenergie auf See, PV-Anlagen sowie für Offshore-Anbindungsleitungen und Stromnetze deutlich zu beschleunigen.

Auch wurde in dieser Woche der Gesetzentwurf zur Umsetzung der EU-Richtlinie über die **Einwegkunststoffabgabe** beschlossen. Dazu zählen u. a. Zigarettenfilter, Getränkebecher und Verpackungen von Lebensmitteln zum Sofortverzehr, die zu oft auf Plätzen, Gehwegen oder Parks landen und die Umwelt vermüllen. Mit dem Gesetz wird die **Verantwortung der Hersteller** erweitert. Diese zahlen künftig eine Einwegkunststoffabgabe. Mit dieser Abgabe wird die Entsorgung der Abfälle im öffentlichen Raum finanziert, die bislang von der Allgemeinheit getragen wird.

Regional- und Minderheitensprachen fördern

Eine sicherlich sprachlich einzigartige Debatte hat zum 25. Jahrestag des Inkrafttretens der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen am Donnerstag im Bundestag stattgefunden: Denn anstatt wie üblich auf Hochdeutsch über den Schutz der Regionalsprachen zu beraten, wurde stattdessen auf Dänisch, Friesisch, Sorbisch, Romanes und Platt diskutiert. Wir wollen Regional- und Minderheitensprachen mehr in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens zu rücken. Dazu soll auch die Parlamentariergruppe Plattdeutsch beitragen, der sich fünfzehn Bundestagsabgeordnete angeschlossen haben und in der auch ich Mitglied bin. Wir werden uns weiter für die Förderung und den Schutz dieser Sprachen einsetzen – denn diese Sprachen sind Teil unserer Identität und dürfen deshalb auch aktiv gelebt werden.

Ein Jahr Zeitenwende

Nicht nur bei der Regierungserklärung des Bundeskanzlers wurde die Zeitenwende gewürdigt: Einen vollen Saal und noch viele Zugeschaltete gab es am Montag bei der Dialogveranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion. Das gesamte Spektrum der Zeitenwende stellten Rolf Mützenich, Boris Pistorius und Svenja Schulze dar: Wie steht um Krieg



und Europa? Welche Auswirkungen hat der Krieg auf Deutschland, auf die EU und auf die ganze Welt - z. B. auf Afrika?

Afrika ist besonderes betroffen, zum einen durch Klimaveränderungen und zum anderen durch Importschwierigkeiten aufgrund des Krieges.

Treffen mit WV Metalle



Am Dienstagabend kam der Seeheimer Kreis mit Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaftsvereinigung Metalle zu einem Abendessen zusammen. Mit dabei war auch ein Vertreter aus meinem Wahlkreis: Tim Eshold von der Nordenhämer Zinkhütte GmbH / Glencore. In einem regen Austausch zusammen mit unserem wirtschaftspolitischen Sprecher Bernd Westphal sprachen wir über die wirtschaftliche Situation der Branche, über Zukunftsaussichten und Transformationen hin zu einer CO2-freien Produktion. Dazu bedarf es allerdings noch einiger wirtschaftspolitischer Entscheidungen erheblichen Ausmaßes, um diese Industriestandorte nachhaltig in Deutschland zu sichern. Wir sind dran!

Energiepreisbremsen in Kraft

Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine vor einem Jahr haben wir alles dafür getan, dass Energie bezahlbar bleibt und niemand überfordert wird. Bereits im Dezember hat der Bund die Abschlagszahlungen für Gas und Fernwärme übernommen. Diese Woche traten nun die Energiepreisbremsen in Kraft. Damit deckeln wir den Preis für einen Großteil des Energieverbrauchs von privaten Haushalten und Unternehmen bei Strom, Gas und Fernwärme – und zwar rückwirkend zum 1. Januar. Das Bundeswirtschaftsministerium muss nun rasch für Öl- und Pellet-Heizung nachziehen.